

Die Sozialistische Partei und die Lage in Frankreich

Autor(en): **Breton, Pierre**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **29 (1950)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336443>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Sozialistische Partei und die Lage in Frankreich

Paris, Ende Dezember 1949.

Der außerordentliche Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs vom 13. und 14. Dezember beschloß mit 1933 gegen 957 Mandaten die Fortsetzung der Regierungsbeteiligung. Die Regelung der Beziehungen zwischen der Parlamentsfraktion und dem Direktionskomitee der Partei fand ihre Lösung in der Annahme einer Resolution des Generalsekretärs Guy Mollet mit 1389 Mandaten gegen den Vorschlag der Minderheit, der – bei 332 Enthaltungen – 1195 Mandate erhielt.

Die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses erwies sich als eine Notwendigkeit nach der langwierigen Regierungskrise, die zum Sturze der Regierung Queuille und der Bildung der Regierung Bidault geführt hatte. Die dadurch neu geschaffene Situation erforderte eine Analyse, die während der Krise aufgetauchte Reibungen zwischen der Parlamentsfraktion und dem Direktionskomitee verlangten eine Entscheidung der Partei. Die lange Regierungskrise mit den rasch wechselnden Manövern der Parteien, die oft Entscheidungen von Stunde zu Stunde erheischten, offenbarten die Schwerfälligkeit des Nebeneinanderbestehens der beiden Organe. Dazu trat der alte Autoritätskonflikt: wer entscheidet zwischen den Parteikongressen: das Direktionskomitee der Partei oder die Parlamentsfraktion? Der Parteitag entschied sich mit der Annahme des Antrages Guy Mollet für folgende Lösung: in allen allgemeinen politischen Fragen ist zwischen den Parteikongressen allein das Direktionskomitee der Partei zuständig; die Parlamentsfraktion entscheidet selbständig in allen parlamentarischen Problemen; in Krisenzeiten, sofern rasche Entscheidungen beider Organe notwendig sind, entscheidet ein durch 15 Mitglieder der Parlamentsfraktion verstärktes Direktionskomitee.

Der neue Organismus tritt in Aktion, wenn sofortige politische und parlamentarische Entscheidungen getroffen werden müssen. Das bisherige Direktionskomitee der Partei setzte sich aus 21 Nichtparlamentariern und 10 Parlamentariern zusammen. Diese vorläufige Lösung wurde vom Kongreß unter der ausdrücklichen Bedingung angenommen, daß ihre praktische Erprobung einer genauen Ueberprüfung bedarf.

Die neue Rechtsgruppierung

Das alte Problem der Regierungsbeteiligung gab dem außerordentlichen Parteitag Anlaß zu einer Analyse der politischen Lage Frankreichs. Seit den

Kantonalratswahlen, den Wahlen in den Rat der Republik (ehemaliger Senat) schob sich zwischen die Sozialisten und katholischen Volksrepublikaner einerseits, der gaullistischen Partei andererseits die Formierung der sogenannten «gemäßigten» und der rechts stehenden Parteien. Obwohl es sich nicht um die einfache Wiedergeburt der klassischen französischen Rechten noch um einen einheitlichen Rechtsblock bürgerlicher Parteien handelt, sind diese Gruppen grundsätzlich in allen politischen Fragen einig: Kampf gegen die Nationalisierungen, gegen die Sozialgesetzgebung, gegen das in der Verfassung garantierte Streikrecht, für eine Verfassungsrevision und für eine Reform des Wahlgesetzes. Diese Rechtsgruppen setzen sich zusammen aus: den Unabhängigen Republikanern unter der Führung von Paul Reynaud, der P. R. L. (Parti Républicain de la Liberté), deren Präsident, Michel Clémenteau, der Sohn des «Tigers», ist; die Bauerngruppe, die in den beiden Parlamenten eng mit den Gaullisten zusammenarbeitet, die U. D. S. R. (Union Démocratique et Socialiste-Républicain), deren Leiter René Plevin in der Regierung Bidault Minister der nationalen Verteidigung ist; zu ihnen gesellt sich als kleine Gruppe von Parlamentariern, die sich von den Katholischen Volksrepublikanern loslösten und eine eigene Parlamentsfraktion konstituierten, die ebenfalls mit den Gaullisten zusammenarbeitet. Zu diesen Rechtsgruppen gehört auch die «Action Démocratique» von E. P. Flandin, die, obwohl sie über keine eigentliche parlamentarische Vertretung verfügt, trotzdem eine erhebliche politische Ausstrahlung besitzt. Alle diese Rechtsparteien haben in den verschiedensten Wahlgängen der letzten Monate bedeutende Erfolge erzielt. Sie verfügen zusammen in der Nationalversammlung über genügend Stimmen, um jeder sozialistisch-katholischen Koalitionsregierung den Hals zu brechen. Einzelne dieser Gruppen, wie die P. R. L. und die U. D. S. R., sind in der Regierung vertreten, was sie keineswegs hindert, eine scharfe Opposition zu führen. Dem Druck dieser Rechtsgruppen ist es gelungen, bei allen Regierungskrisen den Umbesetzungen und der Verteilung der Ministerposten, das politische Schwergewicht jeweils weiter nach rechts zu verlegen.

Der bürgerlichen Rechten scheint jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo sie auf eine Mitarbeit der Sozialisten in der Regierung verzichten kann. Diese Haltung wird verstärkt durch die wieder hochgekommene Radikalsozialistische Partei. (Sie ist weder radikal noch sozialistisch!) Der radikalsozialistische Kongreß in Toulouse hat der Regierung Bidault den schärfsten Kampf angesagt. Seine Forderungen nähern sich nicht nur denjenigen der Rechten an, sie überbieten sie selbst in zahlreichen Fragen. Unter der Führung von Edouard Daladier verlangen sie viel kategorischer die Rückkehr zum Majorz-Wahlssystem, unternehmen sie eine energische Offensive gegen das Budget der

Regierung. Edouard Herriot und Henri Queuille, die den linken Flügel der Radikalen vertreten, verhinderten nur mit Mühe den sofortigen Rücktritt der radikalsozialistischen Minister. Die Manöver Daladiers werden von dem gaullistischen Flügel der Radikalen sekundiert, von denen eine ganze Anzahl immer noch die Doppelmitgliedschaft bei de Gaulle und bei Herriot besitzen. Die Rechtsschwenkung der Radikalsozialisten erklärt sich aus verschiedenen Ursachen, eine der wichtigsten ist die Schwächung der linken und rechten Parteien.

Die Schwächung der Extreme

In allen Wahlgängen des vergangenen Jahres haben sowohl Kommunisten wie Gaullisten Rückschläge erlitten. Die ersteren weniger stark als die letzteren. Die Bildung des Kominform hat der Kommunistischen Partei keine Erfolge eingebracht. Die blinde Unterordnung unter die russischen Befehle führte in der Partei selbst zu Schwankungen, Unsicherheiten, zu Spannungen, die sich mit den Wahniederlagen und dem Rückgang der Parteimitgliedschaft vergrößerten. Gegenwärtig befindet sich die größte der Kommunistischen Parteien in Westeuropa in einer planmäßigen Säuberung begriffen, deren Opfer noch nicht bekannt sind. Trotzdem verfügt die Kommunistische Partei Frankreichs über den stärksten Einfluß innerhalb der Arbeiterschaft und ihre Fraktion von 183 Abgeordneten in der Nationalversammlung ist eine Manövermasse von großer Bedeutung.

Die Partei des Generals de Gaulle, deren Machtgelüste nicht befriedigt wurden, ist der Gefahr der inneren Zersetzung und Auflösung ausgeliefert. Die aus allen Parteilagern und sozialen Schichten zusammengesetzte Anhängerschaft folgte teils dem nationalen Prestige de Gaulles, teils marschierte sie mit ihm aus Angst vor dem Kommunismus. Ein großer Teil aber erwartete von de Gaulle einen Platz in der Regierung, der Verwaltung, den Banken und großen Gesellschaften. Alle diese Hoffnungen sind verflogen. Die Besserung der Wirtschaftslage, die Verteidigung der republikanischen Einrichtungen durch die verlachte «dritte Kraft» sowie die internationale Entspannung zermürbten die gaullistischen Reihen. Die Geldmittel fließen nicht mehr wie früher in die Kassen, die Mitgliederreihen lichten sich. Der General mußte die gaullistische Presseagentur schließen, eine Reihe von lokalen Sekretariaten wurden aufgehoben, die Gehälter der Angestellten reduziert und viele entlassen. Die einzige Hoffnung der gaullistischen Bewegung besteht in der Aussicht auf baldige Neuwahlen. Das würde ihnen erlauben, nochmals einen Propagandafeldzug großen Stils zu entfalten, mit den Rechten und einem Teil

der Radikalsozialisten zusammen den Kampf gegen die «Marxisten» zu führen. Diesem Wunsch kommen Radikale wie Rechte entgegen, wenn auch ihre Erwägungen anderer Natur sind.

Das Problem der Auflösung und der Neuwahlen

Seit dem Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung verfügen die zwei übrigbleibenden Koalitionsparteien – Sozialisten und Katholische Volkrepublikaner – über keine Mehrheit mehr. Die Bildung einer tragfähigen Mehrheit mußte durch die Mitarbeit der Radikalsozialisten, der gemäßigten Gruppen, später auch rechter Gruppen erkaufte werden. Die offenkundige Tendenz des Wahlkörpers nach den gemäßigten und rechten Gruppierungen fand seinen Niederschlag in der Mitarbeit von Vertretern dieser Gruppen in der Regierung. Das Verlagern der Regierungsmehrheit nach rechts stellte die Koalitionsbereitschaft der Sozialistischen Partei auf harte Proben. Hatte es noch Sinn und Zweck für die Sozialistische Partei, in einer Regierung mitzuarbeiten, deren hauptsächlichste Vertreter sich zum Ziele setzen, alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der IV. Republik zu liquidieren? Der außerordentliche Parteitag hat darauf mit einem bedingten Ja geantwortet. Die weitere Mitarbeit an der Regierung wird an die Bedingung geknüpft, daß eine Verstärkung der Kaufkraft der arbeitenden Massen durch Senkung der Preise und Erhöhung der Löhne erreicht wird; an der Festhaltung der sozialen Gesetzgebung und dem Streikrecht; eine gerechtere Verteilung des Nationaleinkommens durch stärkere Besteuerung der Übergewinne, keinerlei Reduktion der für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Ausrüstung der Industrie vorgesehenen Kredite, Friedensschluß in Indochina.

Mit ihrem Beschluß wollte die Sozialistische Partei sich ebenfalls gegen die Auflösung der Nationalversammlung und gegen Neuwahlen vor Ablauf der Legislaturperiode aussprechen. Die Auflösung des Parlaments ist eine gaullistische Forderung. Sie wird heute von der Rechten und den Radikalsozialisten aufgenommen, nachdem die Gaullisten selbst sie beinahe vergessen haben. Die Neuwahlen sollen auf Grund des Majorz durchgeführt werden, da die Radikalsozialisten hoffen, mit ihm wieder eine der stärksten Parteien zu werden. Damit soll vor allem die starke kommunistische Kammerfraktion auf ein Minimum reduziert werden. Es besteht aber in der Kammer keine Mehrheit für eine Reform des Wahlgesetzes. Die zwei stärksten Fraktionen – Kommunisten und Katholische Volksparteirepublikaner – sind entschlossene Anhänger des Proporz. Ebensowenig besteht Aussicht, daß die jetzige Kam-

mer sich durch die Auflösung selbstmordet. Das Manöver der Radikalsozialisten besteht darin, durch eine Kette von Regierungskrisen die Sozialisten aus der Regierung zu verdrängen, einen Teil der Katholischen Volksrepublikaner für die Reform des Wahlgesetzes zu gewinnen und dann Neuwahlen durchzuführen.

Das politische Hasardspiel der Radikalen und Rechten stößt die Türe zum politischen Abenteuer auf. Vorzeitige Neuwahlen, selbst auf der Grundlage des gegenwärtigen Proporzsystems hätten nur das eine Resultat: eine beträchtliche Verstärkung der Gaullisten im Parlament. Neuwahlen nach dem Majorz würde zu demselben Resultat führen, begleitet von schweren Niederlagen der Volksrepublikaner, Verlusten der Sozialisten und Kommunisten. Sind die Rechten und Radikalsozialisten bereit, eine Koalitionsregierung mit de Gaulle vorzubereiten? Glauben sie ernsthaft daran, im Rahmen der Republik gegen die Gesamtarbeiterschaft regieren zu können? Können sie auch nur einen Moment daran denken, daß de Gaulle ihre Geschäfte besorgt? Ist es nicht vielmehr so, daß sie bereit sind, die Geschäfte des Generals zu besorgen? Eine Antwort auf diese Fragen wird nicht ausbleiben. Gewiß ist, daß in den nächsten Monaten die politische Bühne Frankreichs volle Aufmerksamkeit verdient und der verstärkte Angriff der Reaktion die Republik in neue Gefahrenherde stürzt.

Deutsche Politik

Das Duell Adenauer-Schumacher hat geendet wie ein homerischer Zweikampf. Auf drohende Herausforderungen folgte ein friedliches Händeschütteln, wenn es auch nicht bis zum Austausch der Waffen ging.

Was hat sich denn nun eigentlich abgespielt? Das Ausland war geneigt, dies Zwischenspiel als einen Kampf übersteigerten Nationalismus zu nehmen. Das ist sicherlich falsch. Was vor sich ging, war ein Versuch Adenauers, einen Keil zwischen Schumacher und die sozialistische Arbeiterschaft zu treiben, Schumacher zu kompromittieren und, falls er von seiner Partei nicht hinreichend unterstützt worden wäre, auf diese Weise die sozialistische Arbeiterschaft zu schwächen.

Zum Verständnis dieses Vorganges muß man sich an zweierlei erinnern. Adenauer war zeit seines Lebens kein Staatsmann, sondern ein kommunalpolitischer Oberbürgermeister in Köln, einer der größten und bedeutendsten westdeutschen Gemeinden — sehr eng liiert mit der rheinischen Großindustrie, so sehr Antisozialist, daß der Gegensatz gegen das sozialistische Berlin ihn in sehr bedenkliche Nähe zu den rheinischen Separatisten führte, bekannt für seine diktatorischen Neigungen und Allüren. Die Politik der